

# Das Einheimischen-Modell steht weiter in der Diskussion

**Bauflächen** Derzeit gibt es noch vier kommunale Grundstücke in Weiler-Simmerberg zu kaufen. Wer soll diese bekommen?

**Weiler-Simmerberg** Einmal mehr Thema im Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg war das Einheimischen-Modell, das die Vergabe von Baugrundstücken im Besitz der Kommune regelt. Vor einigen Monaten hatten Ratsmitglieder eine Verschärfung gefordert. Die Verwaltung hatte mit Hinweis auf eine anstehende Entscheidung der EU-Kommission empfohlen, zunächst nichts zu ändern. Dem hatten die Räte im Frühjahr auch zugestimmt.

Das vor der Sommerpause erwartete Ergebnis liege noch immer nicht vor, informierte Hauptamtsleiterin Julia Bentz die Gemeinderäte. 28 Wohnbauplätze seien seit der letzten Änderung des Einheimischen-

Modells in Weiler-Simmerberg 2010 vergeben worden. Seither vergibt die Kommune ihre Grundstücke an Bauwerber, die seit mindestens fünf Jahren ihren Hauptwohnsitz im Westallgäu haben oder seit drei Jahren hier arbeiten.

## Viele Anfragen liegen vor

Bis 2010 galten die gleichen Zeiträume, allerdings mussten Wohnort oder Arbeitsplatz innerhalb von Weiler-Simmerberg liegen. Diese Ausweitung des Personenkreises war zuletzt vor dem Hintergrund kritisiert worden, dass Heimenkirch beschlossen hatte, keine Baugebiete mehr auszuweisen.

Von „vielen vorliegenden Anfragen nach Baugrundstücken“ berichtete Bauamtsleiter Stephan Bauer den Gemeinderäten, darunter auch sechs Anfragen für den Bereich Simmerberg. Dem gegenüber stehen nur vier Grundstücke, die die Kommune derzeit anbieten könne. Vor diesem Hintergrund mahnte Bruno Bernhard (CSU) eine schnelle Entscheidung des Marktgemeinderates an. „Wir sollten nicht weiter auf eine EU-Vorgabe warten“, sagte Bernhard, denn: „Da brennt der Kittel.“ Vorstellen könne er sich ein Zurück auf die Vergaberichtlinien vor 2010, also eine Beschränkung an Einwohner oder Arbeitnehmer aus Weiler-Simmerberg. „Wir wollen

keine Stadt im Westallgäu werden“, befand Bernhard.

## Zuzug wünschenswert

Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph reagierte mit Unverständnis und sagte: „Ich weiß nicht, wo sie dieses Horror-Szenario herholen.“ Die Gemeinde verfolge seit langem eine vorausschauende Grundstückspolitik, so Rudolph. Langfristig gehöre aber auch dazu, die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. Um auch in Zukunft Schulen und Kindergärten zu erhalten und Mitglieder für die Vereine und die Feuerwehr zu finden, sei ein Zuzug durchaus wünschenswert. Auch Gewerbetreibende seien auf Arbeit-

nehmer angewiesen. „Bauplätze nicht an Auswärtige zu vergeben, das ist zu kurzfristig gedacht“, sagte Rudolph. Stefan Trenkle (Freie Wähler) stellte fest, dass er einer Vergabe ausschließlich an Bürger aus Weiler-Simmerberg nicht zustimmen würde: „Ich fühle mich als Westallgäuer Bürger.“

Bürgermeister Rudolph schlug vor, dass die Gemeinde mit dem bayerischen Gemeindetag abklärt, ob eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt möglich ist angesichts der ausstehenden Entscheidung der EU-Kommission. Dann könnte erneut im Gremium beraten und beschlossen werden. Dem stimmten alle Räte zu. (owi)